Melanie Noesen

Paradox

Weshalb viel reformiert wird, sich aber wenig ändert

Eigentlich kann sich das Großherzogtum glücklich schätzen. Luxemburg hat die nötigen finanziellen Ressourcen für gute Schulen, es gibt eine Universität die mit großem Aufwand und *Knowhow* Bildungsforschung in den unterschiedlichsten Bereichen und aus verschiedenen Forschungsrichtungen betreibt, und der politische Wille, notwendige Reformen in die Wege zu leiten und zu unterstützen wird von allen Seiten wiederholt proklamiert. Und trotzdem kommen die begonnenen Reformen nur schleppend in Gang und Politik und Interessenvertreter verstricken sich in schwer überwindbare Grabenkämpfe.

Die Reform ist das Ziel – oder die Katze beißt sich in den Schwanz

Fest steht, dass der gesellschaftliche Druck auf Politik und Schule hoch ist. Das Erziehungsministerium (MENFP) sieht sich nach den Studien der OECD, den Erwartungen der Wirtschaft und der veränderten Lebenswirklichkeit der luxemburgischen Mittelschichtfamilien (Migrationsgesellschaft, Diversifizierung der Wirtschaft, Internationalisierung des Arbeitsmarktes, usw.) unter Zugzwang.

Die Einsicht, dass ein Schulgesetz von 1912 nicht mehr mit der gesellschaftlichen Realität von heute vereinbar sein kann, ist mittlerweile in der politischen Sphäre angekommen. Alle erkennen den dringenden Handlungsbedarf und alle sind sich einig: die Schule muss sich den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen.

Über die Grundprinzipien, Werte und gesellschaftlichen Ziele, die einer Reform immer (ob implizit oder explizit) zugrunde liegen, wurde bisher allerdings nicht diskutiert. Dies führt zu einem polysemen bis oft widersprüchlichen Gebrauch von Begriffen, die die derzeitigen Reformdiskurse prägen. Will heißen: Alle sagen das Gleiche, meinen aber Unterschiedliches. Beispielsweise fehlt eine konstruktive Debatte über Begriffe wie „Differenzierung", „Inklusion", „Evaluation". Von vielen wird zum Beispiel die Gesamtschule als Lösungsmodell angeführt. Meinen die Einen ein Kohabitationsmodell mit unterschiedlichen Leistungsgruppen oder gar Schultypen unter einem Dach, verweisen Andere auf gemeinsames Lernen in gemischten Gruppen bis zum Ende der Pflichtschulzeit.

Es fällt den politischen Entscheidern schwer zu verstehen, dass es nicht Aufgabe der universitären Forschung ist politische Reformen (nachträglich) zu legitimieren.

Luxemburg hat keine wirkliche Reformerfahrung im Bildungsbereich. Jahrzehntelang zeigte sich das Erziehungsministerium reformresistent. Von den Bestrebungen der sozial-liberalen Koalition der siebziger Jahre hat nur wenig überlebt. Mit der Übernahme des Ressorts durch die LSAP 2004 und der Ablösung der CSV auf dem Posten wurde politisch der Weg für Reformen freigeräumt. Der Handlungsdruck nach Veröffentlichung der ersten Pisa-Studien und die desaströse Zahl der Schulabbrecher ohne Abschluss ließ der Politik auch keine andere Wahl. Eine Reform musste her, das war politischer Konsens. Allerdings auch der einzige. Anstatt zu diesem Zeitpunkt alle Akteure in eine nationale Debatte über Ziele, Werte und Wege der Reform einzubeziehen, wurde erst einmal hinter den Ministeriumstüren ausgearbeitet, was praktikabel und kostengünstig erschien. Als die Hauptlinien entschieden waren, wurden die Betroffenen an den Tisch gebeten und ihnen diese Reform als die einzig mögliche und sinnvolle dargelegt. Dass dieses Vorgehen auch auf Widerstände stieß und stößt und Resignation provoziert, ist nicht weiter überraschend.

Schwer vereinbare Logik der Systeme

Hinzu kommt, dass das Ministerium den politischen und gesellschaftlichen Druck ungefiltert an die Akteure des Systems weitergibt.

Zum Einen führt dies zu einem konfliktbeladenen Umgang mit der Universität Luxemburg. Die junge, oft von führenden Ministerialbeamten als Kuckucksei wahrgenommene Institution, steckt selbst noch in einem Aufbauprozess. Die vom

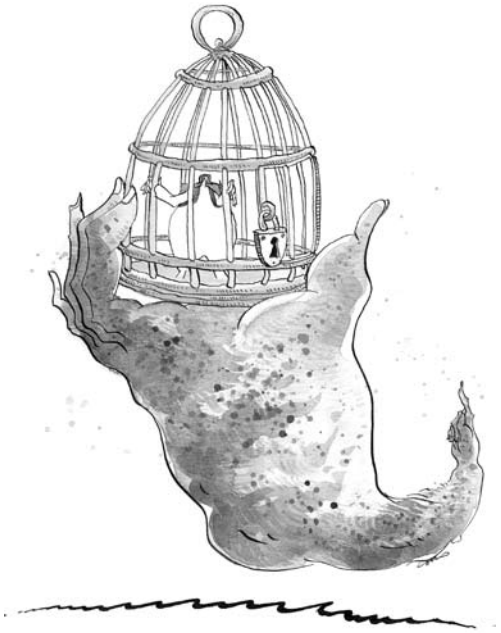
Melanie Noesen hat beim Versuch einer kooperativen Forschung (Universität Luxemburg und MENFP) im Rahmen von Eis Schoul mitgewirkt. Zurzeit ist sie Lehrerin an der Grundschule in Roodt/Syre und promoviert an der Universität Potsdam im Bereich der Mehrsprachigkeitsdidaktik.

MENFP gestellten Erwartungen könnte allerdings auch eine arrivierte Institution nicht erfüllen. Unabhängige und ergebnisoffene Forschung kann kein Zulieferbetrieb der Politik sein. So fällt es den politischen Entscheidern schwer zu verstehen, dass es nicht Aufgabe der universitären Forschung ist politische Reformen (nachträglich) zu legitimieren, auch wenn Projekte vom Ministerium mitfinanziert werden. Dies nach der jahrzehntelangen Praxis unliebsame Studienergebnisse in Schubladen zu verstecken...

Da das politische System in Legislaturperioden funktioniert, ist die Finanzierung von meist aufwendigen, kostspieligen – wenn auch überaus sinnvollen – Langzeitstudien seitens der Regierung nahezu illusionär. Vom Ministerium mit einer halben Stelle an die Universität abgeordnete Lehrer sind nur noch in der Lehrerausbildung tätig. Die Möglichkeit zu forschen und somit ein nötiges Bindeglied zwischen der Praxis und der pädagogischen und didaktischen Forschung herzustellen, ist vorgeblich unter Sparzwang und Effizienzsteigerung weggebrochen.

Ebenso verhält es sich mit kooperativer Forschung, an der Lehrer und Wissenschaftler gleichermaßen beteiligt sind und deren Forschungsinhalte und -ziele dadurch weitaus mehr auf die Bedürfnisse der Schulpraxis zugeschnitten sind als dies allein von Seiten der Wissenschaft orchestrierte Projekte je leisten können. Der Versuch mit Eis Schoul, genau solch eine demokratische und zugleich unprätentiöse Forschungspraxis mit allen Beteiligten gemeinsam aufzubauen, ist im Sande verlaufen. Einem ersten abgeschlossenen Projekt zur Portfolioarbeit und damit einhergehenden Innovationen in der Lehr-Lern-Praxis ist kein weiteres gefolgt. Weder das Ministerium noch die Universität scheinen diesen praxisnahen Forschungsansatz langfristig unterstützen zu wollen.

Von der Lehrerschaft wiederum werden die Studien der Universität nur sehr eingeschränkt rezipiert. Gerade die Forschung, die Lern- und Unterrichtsprozesse untersucht, könnte jedoch den Lehrpersonen wichtige Informationen und Perspektiven zur Weiterentwicklung der eigenen täglichen Unterrichtspraxis mit auf den Weg geben. Die Ursachen für dieses Kommunikationsdefizit liegen sicherlich auf beiden Seiten. Die Forscher, oft mit Zeitverträgen an einen von der Universität oder dem Fonds national de la Recherche (FNR) abhängigen engen Projektplan gebunden, haben selten die zeitlichen Ressourcen die Forschungsergebnisse aus dem sprachlich verklausulierten Kokon der wissenschaftlichen Gemeinschaft zu befreien und für die Akteure verständlich zu machen oder sie gar mit in die Forschungsvorhaben mit einzubinden. Viele haben daran auch kein Interesse, da sie sich nach einigen wenigen Jahren gezwungen sehen, die Universität zu verlassen und sich auf andere Forschungsstellen zu bewerben, bei denen es auf den Umfang wissenschaftlicher Publikationen ankommt. Mit aufwendiger, praxisnaher kooperativer Forschung gibt es bislang noch nicht viele Blumentöpfe auf dem Wissenschaftsparkett zu gewinnen.



Verändern bedeutet anders zu handeln

Es bleibt leider festzustellen, dass sich viele Lehrerinnen und Lehrer nicht offen für neueste Entwicklungen in ihrem Berufsfeld zeigen. Dies ist zum Teil auf den luxemburgischen Lehrerhabitus zurückzuführen. Die allermeisten Lehrerinnen und Lehrer entstammen der luxemburgischen Mittelschicht und sind meistens problemlos durch das Schulsystem gekommen. Die Lehrerlaufbahn ist wie wenige andere vorhersehbar und der Anpassungszwang gering. So gibt die Vorstellung, sich nach bestandenem Abitur und Hochschulstudium wieder in einen scheinbar bekannten Kontext zu begeben, vielen Lehramtsanwärter(innen) ein Gefühl von Sicherheit. In der Praxis angekommen, stellen viele erschrocken fest, dass dies ein Trugschluss war und verlieren schnell Motivation und Innovationskraft. Von denen, die durch das Beharrungsvermögen des Systems ausgebremst werden ganz zu schweigen. Andere entwickeln eine Wagenburg-Mentalität, in der das Umfeld (Schülerinnen und Schüler, Eltern, Inspektorinnen und Inspektoren, MENFP) als bedrohlich wahrgenommen wird.

Die veränderten Erwartungen der Mittelschicht und der Wirtschaft an die Schule, der daraus resultierende politische Druck in Form von Reformvorhaben wirken auf diese Akteure umso verunsichernder. Statt den Lehrern und einer Schulgemeinschaft Zeit zur Veränderung zu geben sowie das Recht einzugestehen, die zur Entwicklung nötigen Fehler machen zu dürfen, schafft es auch das MENFP nicht sich den nötigen Abstand zu verschaffen und bleibt in politischen Handlungsmustern und Aktionismus gefangen.

Rezipiert werden die Reformvorgaben von den Lehrerinnen und Lehrern somit oft

als ein unüberschaubarer Berg an vielen, neu auf sie zurollenden und für sie unzusammenhängenden Anforderungen, die zum ganz normalen und anstrengenden Unterrichtsalltag noch hinzu kommen. Unter Stress stehende Akteure können jedoch gar nicht offen für Veränderungen sein, sondern neigen dazu in eingeübte, bekannte Schemata zurückzufallen.

Veränderungen können sich nur einstellen, wenn man den Akteuren dazu verhilft grundsätzlich anders handeln zu können, statt immer mehr zu tun. Da jedoch keine breite Debatte über Werte und Prinzipien der Reform, mit dem Ziel einen wirklichen gesellschaftlichen Konsens herzustellen, geführt wurde, gibt sich das Ministerium mit einem politischen Formelkompromiss und einem Scheinkonsens zufrieden.

Tabus führen zu Sprachlosigkeit

Wer möchte schon laut formulieren, dass es schwer möglich ist eine neue Generation Schülerinnen und Schüler auszubilden, die ebenso versiert wie die vorherigen Generationen Geschichtsdaten paukt und tadellos sämtliche Regeln und Ausnahmen der französischen Rechtschreibung nach der Grammatik-Übersetzungsmethode verinnerlicht hat und daneben selbstständiges und kooperatives Arbeiten lernt, sich im Zeitalter des Internets dokumentieren, kreativ denken kann, mehrsprachig ist und komplexe Prozesse in den unterschiedlichsten Wissensbereichen versteht und kritisch hinterleuchtet?

Dass Minimalkompetenzsockel und Inklusion unvereinbar sind? Dass man sich nicht einer Schule für Alle verschreiben kann ohne Institutionen und Strukturen wie die Education différenciée und die Inklusionskommission in ihrer heutigen Form in Frage zu stellen? Dass man Schüler schwer bestmöglich fördern kann, wenn nur theoretisch ein multiprofessionelles Team mit hohem Kompetenzpotential zur Verfügung steht, rechtlich das System aber immer noch auf die Verantwortung des Klassenlehrers ausgerichtet ist?

Dass das Schulsystem nicht sozial gerechter werden kann, wenn man die Heterogenität der Schüler nicht anerkennt und immer noch durch Klassenwiederholungen, Abschiebungen ins Sonderschulwesen oder über die Landesgrenze versucht zu homogenisieren? Dass es auch nicht gerechter wird wenn es weiterhin in einem gegliederten weiterführenden Schulwesen und in Vorbereitung auf die Erwartungen und Anforderungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt bestrebt ist die Spreu vom Weizen zu trennen?

Zu Veränderungsprozessen gehört auch die Bereitschaft aller Beteiligten sich von alten Überzeugungen und Praktiken zu verabschieden sowie das Besinnen auf die eigenen Ressourcen als Ausgangspunkt für positive Entwicklungen.

Einige Lehrer entwickeln eine Wagenburg-Mentalität, in der das Umfeld (Schülerinnen und Schüler, Eltern, MENFP) als bedrohlich wahrgenommen wird.

Umso unverständlicher ist es, dass die Regierung zur Reform des weiterführenden Schulsystems auch noch tiefgreifende Veränderungen am Lehrerstatut plant. Statt die Lehrerinnen und Lehrer in eine wirkliche Diskussion über die Zukunft des Schulsystems einzubeziehen und so gut wie möglich durch die Reform zu begleiten, werden diese noch zusätzlich verunsichert und vor den Kopf gestoßen. Damit wird der ohnehin kleine Spielraum für die Entwicklung einer konstruktiven Auseinandersetzung erst einmal verbaut. Veränderungen brauchen auch die Bereitschaft konstruktiv lösungs- und sachorientierte Konflikte zu führen. Wenn das Ministerium provoziert, dass sich diese auf andere Felder und Grabenkämpfe verlagern, kann auch die beste Reform nicht greifen.

Mit der Kühltruhe zum Pol?

Doch welches könnten Perspektiven für einen wirklichen Wandel im Schulsystem und der Lehr-Lern-Kultur sein? Voraussetzung ist eine gesellschaftlich geführte Auseinandersetzung über die Zielsetzungen und Werte der Reform sowie die Klärung und Offenlegung der Interessen und Sorgen der Beteiligten. Hierbei müssen auch sorgfältig psychologische Gründe und Verteidigungsmechanismen von politischen und pädagogischen Argumenten getrennt werden. Solange das nicht geschieht sind letzten Endes die Schüler und ihre Eltern die Leidtragenden. Was nützt es ein neues Schiff zu bauen, wenn kein Konsens darüber besteht, ob man damit eine Expedition ins Polarmeer starten oder Kreuzfahrten in der Südsee organisieren will? Letztendlich fehlt eine gemeinsame Vorstellung, eine Vision der Schule von morgen.

Veränderungen brauchen viel Zeit und keine der widerstreitenden Seiten kann ohne die Gegenseite die Reform erfolgreich umsetzen, sondern man muss die Ängste und Argumente Ernst nehmen und existierende Ressourcen und Kompetenzen anerkennen. Hier könnte auch die Universität eine wichtige Brücke schlagen, wenn man sie lässt und es ihr strukturell ermöglicht, mit der Lehrerausbildung und einer praxisnahen Unterrichtsforschung.

Ein interessanter Gedanke wäre auch die Lehrerlaufbahn verstärkt für Quereinsteiger zu öffnen, um so neue Perspektiven zu ermöglichen. Oder Lehrer dazu zu bewegen in gewissen Zeitabständen Erfahrungen in anderen Gesellschaftsbereichen (z.B. in Form von einer mehrmonatigen Beteiligung an sozialen, wissenschaftlichen oder kulturellen Projekten) zu sammeln und sich mit anderen Lebenswirklichkeiten zu konfrontieren. Auch diesen Aktionsfeldern könnten die Kompetenzen der Lehrerschaft zugutekommen und das öffentliche Geld wäre nachhaltig investiert.

Lernen bedeutet sich zu verändern. Dieses von M. Ferguson proklamierte Prinzip wird von Hirnforschern bestätigt. Wenn unsere Schülerinnen und Schüler lernen sollen, müssen sie sich auf ihr Wissen und ihre Fähigkeiten stützen können. Ihnen muss eine Lernumgebung bereit gestellt werden, in der sie sich anerkannt und sicher fühlen, in der Unbekanntes neugierig und entdeckungsfreudig macht. Lernsituationen müssen Sinn machen und die Schülerinnen und Schüler müssen durch eigene Tätigkeit und Austausch untereinander, durch eigene Erfahrungen und auch Fehler neue Denk- und Verhaltensmuster aufbauen können. Gleiches gilt auch für die Akteure des Schulsystems. ◆